

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 52

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Mittwoch, den 3. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1926

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte der neue Reichsinnenminister, Müller, ein umfangreiches Programm über seine Pläne zur Reform der Verwaltung und der Stellung der Beamten.

* Der Trauertag für die im Kriege Gefallenen ist im ganzen Reich würdig verlaufen.

* Eine kommunistische Anfrage im Preussischen Landtag zum Fall Jürgens wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

* In den deutschen Städten der Tschechoslowakei haben zahlreiche Protestversammlungen gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache stattgefunden, wobei es an mehreren Orten zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die teuren Schulen.

Im Volksschulwesen ist seit der Zeit der Umwälzung in Deutschland eine radikale Umstellung in sozialer Beziehung erfolgt. Die Abschaffung der Vorschulen, die Erschwerung des Besuchs von Privatschulen drängte nach der Richtung hin, daß für den Erwerb von Bildung nicht der Besitz der Eltern ausschlaggebend sein sollte, daß vielmehr sämtliche Kinder durch die allgemeine Volksschule hindurchgehen sollten ohne Rücksicht auf die materielle Lage der Eltern. Auch die Kinder, denen die Natur eine gute geistige Veranlagung und höhere Begabung in die Wiege legte, können nur unter Überwindung ziemlicher Examensschwierigkeiten den Besuch der Volksschule abkürzen. Es heißt diesem sozialen Zug entgegenhandeln, wenn jedoch die preussische Regierung das Schulgeld an den höheren Schulen stark heraufsetzt und außerdem die Gemeinden ermächtigt, das Schulgeld für die auswärtigen Schüler um 25 % zu erhöhen.

Gegen den Schulgeldpreis der Vorkriegszeit ist damit eine Erhöhung um etwa 70 Mark jährlich eingetreten, wobei man sich fragt, ob eine derartige Erhöhung für den Staat und der Gemeinden wirklich so sehr ertragreich ist, daß man diese neue Belastung den Eltern auferlegen soll. Man muß doch wirklich dahinter ein großes Fragezeichen machen, muß doch zweifeln, daß die gewaltlos vorhandene finanzielle Not von Staat und Gemeinden dadurch etwa in nennenswerter Weise behoben wird. Auf der anderen Seite liegt aber ein antisozialer Zug in dieser Bestimmung; denn wenn man hier erst anfängt, den Drang der Eltern, ihren Kindern die höchste mögliche Bildung zu geben, mit einer höheren Steuer zu belegen, so ist ein Ende schwer abzusehen. Es kommen doch bei der Erfüllung dieser moralischen Elternpflicht schon an und für sich starke finanzielle Opfer in Frage, weil die Erringung dieser Bildung eben nicht nur hohe finanzielle Aufwendungen erfordert, sondern vor allem einen noch weit höheren Ausfall an Einnahmen, weil das die höheren Schulen besuchende Kind doch erst sehr viel später in das Erwerbsleben hineintritt, ohne daß die Sicherheit vorhanden ist, dann durch sein späteres Einkommen die Verluste wettzumachen. Gewiß befinden wir uns in finanzieller Not und die Lasten werden immer drückender, nicht zuletzt bei den Gemeinden. Aber es ist eines Kulturstaates nicht würdig, sich mit Belastungen antikultureller Art aus der Not herauszulesen zu wollen. In Bayern z. B. erreicht das Schulgeld nur eine geringe Höhe gegen die jetzt in Preußen verlangten Sätze.

Antikulturell wirkt auch die besondere Belastung der auswärtigen Schüler auf den städtischen Gymnasien. Wenn wenigstens nur eine Sonderbelastung der ausländischen Schüler erfolgen würde! So aber muß der Landwirt, der seinem Sohn die Möglichkeit höherer Bildung gewähren will und ihn schon unter besonderen Kosten, die er für Pension usw. bezahlen muß, dieser höheren Schule zuführt, seinen Wunsch noch besonders bezahlen. Dabei können hier nicht einmal wirtschaftliche Gründe der Gemeinden mitsprechen, weil ja durch diesen Schulbesuch vom Lande her Geld in die Stadt hineinkommt.

Hier wird also eine Entwicklung angebahnt, die jenem sozial so stark betonten Zug unseres Volksschulwesens geradezu zuwiderläuft. Gerade von fortschrittstrebender Seite ist immer wieder Sturm dagegen gelaufen worden, daß die Möglichkeit der Bildungserweiterung in der Hauptsache an den Besitz geknüpft sei, daß nur der zur höheren Bildung fähige, der „vorsichtig in der Wahl seiner Eltern war“, wird doch eifrig völlige Kostenfreiheit des ganzen Bildungswesens gefordert bis hinauf zur Universität. Aber auch an den Universitäten sind statt dessen die Kosten erheblich höher als früher geworden. Und man kann den bitteren Gedanken nicht unterdrücken, daß die keineswegs sehr erheblichen Einnahmen, die durch solche Erhöhungen hereinkommen, leicht auf andere Weise erzielt werden können, indem man nämlich an häufig recht überflüssigen Ausgaben sehr wenig kulturell fördernder Art spart. Und man kann den zweiten bitteren Gedanken auch nicht unterdrücken, daß die Leistungen des Staates, die er in den höheren Schulen gewährt, einer solchen Erhöhung wirklich nicht entsprechen, vielleicht sogar widersprechen.

So wird diese neueste Maßnahme der preussischen Regierung mit Recht auf starken Widerspruch namentlich jener Elternschaft stoßen, die unter großen persönlichen Opfern ihre Kinder dem höheren Schulwesen zuführt und es sich jetzt namentlich angesichts der allgemeinen Not noch ernster denn zuvor überlegen muß, ob sie in der Lage ist, das zu tun. Antikulturell aber ist es und antidemokratisch in höchstem Grade, wenn man die Ausbildung von Begabungen scheitern lassen muß an mangelndem Besitz. Noch immer ist es die Tüchtigkeit unserer Geistesarbeiter gewesen, die unser Volk vorwärtsgebracht hat; und diese Quelle neuer Kraft darf nicht zum Versiegen gebracht werden durch kurzfristigen und überflüssigen Fiskalismus.

Verwaltungsreform und Beamte

Reform der Reichsbehörden.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte bei der Etatsberatung der neue Reichsminister des Innern, Dr. Müller, seine Ansichten für die Art der in der Verwaltung notwendigen Reformen, wobei sowohl Sparsamkeit als auch zweckmäßige Arbeitsverteilung berücksichtigt werden sollen.

So erklärte der Minister zur Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts und zum Gesetz über die Reichseinheit, daß er beim Reichskabinett beantragt habe, die beiden Entwürfe in einer der nächsten Sitzungen zu verabschieden. Es muß eine einheitliche Stelle geschaffen werden, der unter Schonung berechtigter Wünsche der Länder die einheitliche Entscheidung in den für das öffentlich-rechtliche Leben des Reiches besonders wichtigen Fragen übertragen werden kann. Zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen muß ein Weg zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten eröffnet werden. Ein Gesetzentwurf hierüber ist dem Reichskabinett vorgelegt. Zur Verbesserung der technischen Organisation der Behörden und ihrer Zusammenarbeit sollen vorbildliche Einrichtungen eingeführt werden. Für Behörden und Wirtschaft ist eine einfache und übersichtliche Gesetzgebung eine der wichtigsten Reformen. Die Vorarbeiten für eine Sammlung des Reichsrechts, in der die große Zahl gegenstandslos gewordener oder aufgehobener Gesetze ausgeschaltet wird, sind beendet. Zum Beamtenaustausch mit den Ländern und zur Festlegung und Durchführung von Grundsätzen fanden Verhandlungen mit den Ländern statt. Es wurden Richtlinien vereinbart.

Zu einem wesentlichen Teil der Verwaltungsreform rechnet Reichsminister Müller die baldige Einbringung der noch fehlenden Teile der Beamten-Gesetzgebung und die Förderung der Fortbildung der Beamten.

Rechte und Pflichten der Beamten

faßte der Minister zum Schluß seiner Darlegungen wie folgt zusammen:

Die Erhaltung des Berufsbeamtenstandes öffentlich-rechtlicher Art ist auch für die Republik staatsnotwendig. Dazu gehören eine materielle, persönlich und dienstlich gesicherte Stellung des Beamten und der Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung. Der Beamte soll die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen. Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähen und verächtlich machen, machen sich unwürdig des Dienstes am Volke. Ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken, soll der Beamte in der Kritik der Regierungsmassnahmen und der Volksvertretung maßvoll sein. Takt und Würde bewahren. Ein neues Beamtenrecht soll den Pflichtenkreis des Beamten nach neuzeitlichen Begriffen regeln.

Antrag zur Schulgelderhöhung.

Im Preussischen Landtag ist ein Antrag Dr. v. Campe (D. Bp.) eingegangen, in dem es heißt: Die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen auf 200 Mark bedeutet eine so starke Belastung des Mittelstandes und der handarbeitenden Bevölkerung, daß die in der Presse angekündigte Verordnung des Kultusministeriums in höchstem Maße unsozial erscheint. Das Staatsministerium wird ersucht: 1. in eine sofortige Nachprüfung dieser Verordnung einzutreten, 2. zum mindesten eine Staffelung in der Form einzuführen, daß das zweite Kind nur 50 % des Schulgeldes zu zahlen hat und das dritte und das folgende Kind schulgeldfrei ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Volkstrauertag im Reich.

Die Gedenkfeiern für die im Weltkrieg Gefallenen sind überall da, wo der Toten gedacht wurde, ruhig und würdig verlaufen. Auf allen amtlichen Gebäuden und auf zahlreichen privaten Häusern waren die Flaggen halbmast gehißt. Gemeinsames Geläut aller Glocken in Stadt und Land kündete den Beginn des Gedenktages an. Um die Mittagsstunde fanden fast überall große Feiern statt. Der gemeinsame Gedanke der Gedenkfeier, die bei den Feiern gesprochen wurden, war der, daß die Toten die Lebenden mahnen zu opferwilliger Liebe zum Vaterland und zu treuer Einigkeit, und daß in Zukunft die Gegensätze zwischen den Völkern einen anderen Weg zur Schlichtung als den des Krieges finden möchten.

Die Reise Dr. Ramels nach Berlin.

Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frant, trifft am 6. März in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung über das genaue Programm der Berliner Reise des Bundeskanzlers Dr. Ramel zu verhandeln. Auf Wunsch der deutschen Reichsregierung wird sich Dr. Ramel erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann aus Genf, also voraussichtlich in der letzten Woche des Monats März, nach Berlin begeben.

und seine Rechte so sichern, daß auch der Schein jeder Willkür vermieden wird und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Beamten überall durch klare Rechtsansprüche gesichert sind. Ein Beamtenvertretungsgesetz soll dem Beamten einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung seiner persönlichen Angelegenheiten sichern. Ein Dienststrafgesetz wird dafür sorgen, daß Verfehlungen und Übergriffe von Beamten in einem strengen, aber mit den nötigen Rechtsgarantien für den Beamten ausgestatteten Verfahren geahndet werden. Die gesamte Beamten-Gesetzgebung wird zweckmäßigerweise in steter Fühlungnahme mit den Vertretungsorganen der Beamtenschaft selbst durchgeführt. Die Fortbildungsmöglichkeiten der Beamten müssen erweitert und weitherzig gehandhabt werden. Die gesamte Arbeit des Beamten muß sich unter den beiden großen Gesichtspunkten vollziehen: die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei; alle Arbeit ist Dienst am Gemeinwohl.

Wünsche und Beschwerden.

In der Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuß des Reichstages forderte der Abg. Schreiber (Ztr.), daß mit der Vereinfachung der Verwaltung Ernst gemacht werden müßte. Abg. Mumm (Dtn.) führte aus, daß den großen Vorzügen und Fortschritten des Adios auch große Schatten seitens gegenüberstünden, die auf den Mißbrauch durch sogenannte Complets, durch Schund und Zoten hervorquollen. Abg. von Karborff (D. Bp.) stimmte zwar einem Teil der Bemerkungen des Ministers über die Pflichten und Rechte der Beamten zu, hielt es aber andererseits für zu weitgehend, daß die Beamten überzeugte Republikaner sein müssen. Natürlich gebiete es der Takt, daß der Beamte nicht die Republik schmähe, aber mehr als korrektes Benehmen im Amt und außerhalb des Amtes gegenüber der Republik dürfe man nicht fordern. Abg. Berndt (Dtn.) bezeichnete die Ministererklärung über die Beamten als eine Kampfansage an alle Beamte, die nicht überzeugte Republikaner seien, und betonte, daß die Erklärung des Ministers verfassungswidrig sei. Abg. Koch (Dem.) sprach sich gegen die Idee einer vom Reichstag unabhängigen Reichsregierung aus und erklärte eine Heraussetzung des Wahlalters auf 21 Jahre für annehmbar. Die republikanische Gesinnung müsse bei allen öffentlichen Amtshandlungen vorausgesetzt werden. Der kommunistische Redner Barth bezeugte, daß der Minister mit den republikanischen Beamten aufzuräumen würde, während sein Fraktionsgenosse Abg. Stöder die Regierung aufforderte, dem Reichstag endlich die Vorlage eines Alkoholverbotgesetzes zugehen zu lassen. Abg. Behold (Wirtsch. Bgg.) forderte ein Eingreifen des Reichsministeriums in den Arzneimittelhandel, pflichtete im übrigen den Ausführungen des Ministers bezüglich der Beamtenpflichten bei.

Aus In- und Ausland.

München. In der Sitzung der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei wurde entschieden gegen eine entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer Stellung genommen und einstimmig der Versuch zurückgewiesen, durch eine reichsgesetzliche Regelung einen von der Volksvertretung in Bayern geschaffenen Rechtszustand rückwirkend anzugreifen.

Wien. Wie das „Neue Montagblatt“ erfährt, werden durch eine Intervention beim Generalkonsul Dr. Zimmermann statt der ursprünglich zugesagten 5 bis 6 Millionen Schilling für das Mostereiwesen aus den Kreditlinien des Völkerbundkredits 12 Millionen Schilling für die österreichische Milchwirtschaft flüssig gemacht werden.

Wien. Unter dem Vorsitz des Obmannes des deutschen Schulvereins Prof. Dr. Groß fand eine von dem Hilfsverein für Deutsch-Südtirol und vom Andreas-Hofer-Bund einberufene Protestversammlung gegen die Unterdrückung des Deutschums in Südtirol statt. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der erklärt wird, die Südtiroler Frage sei eine Frage der ganzen zivilisierten Welt und gehöre vor dem Völkerbund.

Brüssel. Im Brüsseler Volkshaus hat eine Zusammenkunft belgischer, französischer und deutscher Sozialisten zur Erörterung der Handelsvertragsfragen stattgefunden.

Kopenhagen. Der schwedische Missionsrat hat beschlossen, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Frage einer großen internationalen Missionskonferenz in Jerusalem für 1927 zu besprechen.

Peking. In Peking wurde eine Proklamation erlassen, die den Militär- und Zivilbehörden befiehlt, die gegen die Christen gerichtete Propaganda und zwar Versammlungen, Vereinigungen usw. zu unterdrücken. In der Proklamation wird ausgeführt, daß die christliche Religion Grund von Verträgen mit den auswärtigen Mächten in China zugelassen sei und daher geschützt werden müsse.

Deutscher Reichstag.

(167. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. März.

Der Reichstag setzte die zweite Sitzung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fort. Dabei erluchte zuerst der Abg. Grafmann (Zog.) bei dem Etatstitel „Beiträge für das Internationale Arbeitsamt in Genf“, um schleunige Vorlage des angeforderten Arbeitszeitgesetzes, das den gewerkschaftlichen Wünschen auf Festlegung des achtstündigen Arbeitstages entsprechen müßte. Der englische Arbeitsminister habe sich kürzlich auch in seiner Rede für die internationale Festlegung des Achtstundentages ausgesprochen. Die für Ende des Monats geplante Zusammenkunft der Arbeitsminister der wichtigsten Länder werde hoffentlich zur allgemeinen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens führen. Der Redner erluchte weiter um Fortführung der Verhandlungen auf Aner-

Trennung der deutschen Sprache als dritte öffentliche Amtssprache des internationalen Arbeitsamtes. Er wandte sich schließlich gegen die Anträge, die darauf hinzielten, daß auch die gewerkschaftlichen Minderheitsgruppen eine Vertretung bei den Institutionen des internationalen Arbeitsamtes finden.

Hga. Thiel (D. Vp.) begrüßte es, daß nach der Erklärung des sozialdemokratischen Redners eine Einheitsfront von links bis rechts in der Forderung nach Einführung der deutschen Sprache als öffentliche Amtssprache des internationalen Arbeitsamtes bestehe. In der Zusammensetzung der Verwaltung dieses Amtes müsse Wandel geschaffen werden, da in der eigentlichen Leitung Deutschlands jetzt überhaupt nicht vertreten sei. Bevor dieser standhafte Zustand nicht beseitigt sei, dürfe Deutschland kein Abkommen des internationalen Arbeitsamtes ratifizieren.

Hga. Häbel (Rom.) führte aus, das internationale Arbeitsamt sei ein Institut, das gegen das Proletariat arbeite. Niemand hätte es sich gegen den Vordruck der Unternehmer in den verschiedenen Ländern gewandt.

Hga. Schneider-Berlin (Dem.) forderte gleichfalls die Zulassung der deutschen Amtssprache in Genuß und eine stärkere Vertretung Deutschlands in der Verwaltung. Er beschwor weiter die Vertretung der deutschen gewerkschaftlichen Minderheitsgruppen im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes.

Beim Kapitel „Gewerbeaufsicht“ führte Frau Sender (Soz.) Beschwerde über unvollkommene Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Verlängerung der Arbeitszeit hätte, so meinte die Rednerin, weiter zu einer wesentlichen Steigerung der Betriebsunfälle geführt. Die Schutzvorrichtungen seien außerdem vielfach unwirksam. Die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Gewerbeaufsichtsbeamten müßten den Arbeitern gleichgestellt werden.

Hga. Dr. Spuhler (Dm.) wünschte die Möglichkeit, an die Stelle der Invalidenrente auf Antrag des Versicherten eine Kapitalabfindung zu setzen. Die Erwerbslosenversicherung möchte zu einem Teil der Krankenversicherung gemacht werden. Für Jugendliche sollten Zwangsparafas eingerichtet werden.

Hga. Bierath (Komm.) verlangte eine Erweiterung der Rechte der Betriebsleiter auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.

Hga. Frau Schröder (Soz.) forderte gesetzlichen Schutz der Kinder vor Ausbeutung bei der Landwirtschaft. Beim Kapitel „Sonstige soziale Maßnahmen“ trat Hga. Frau Müller-Ottfried (Dm.) für Verbesserung in der Kleinrentnerfürsorge ein.

Hga. Frau Mah (D. Vp.) begründete eine Interpellation ihrer Partei, worin über mangelhafte Durchführung der Kleinrentnerfürsorge Beschwerde geführt wird.

Hga. Juchacz (Soz.) forderte Individualisierung und Demokratisierung der gesamten sozialen Fürsorge.

Preußischer Landtag.

(137. Sitzung.) tt. Berlin, 1. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Hga. Bied (Komm.) unter Hinweis auf die Verhaftung des Landgerichtsdirektors Jürgens, daß auf die Reichsregierung dahin eingewirkt werde, daß sämtliche Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, an denen Jürgens mitgewirkt hat, wieder ausgenommen und einer Nachprüfung unterzogen werden. Der Redner verlangt, daß sein Antrag als erster Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird. Widerspruch gegen den kommunistischen Antrag wird nicht erhoben.

Hga. Bachem (Dm.) beantragt hierauf, die Große Anfrage der Deutschnationalen über die Rückwirkung von Locarno gleichfalls heute noch auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Bartsch erklärt, daß sei nur möglich, wenn niemand widerspreche. Die Regierung habe bereits ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Große Anfrage zu beantworten. Der Zeitpunkt sei aber noch nicht bestimmt. Da Widerspruch erhoben wird, kann die Große deutschnationale Anfrage heute nicht behandelt werden.

Der Fall Jürgens.

Hga. Bied (Komm.) erklärt, Jürgens habe sich zu einer demagogischen und verbrecherischen Hege gegen die Kommunisten mißbrauchen lassen. In Hannover seien ihm während des Krieges bereits 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung und Mißbrauch der Amtsgewalt durch die Staatsanwaltschaft vorgeworfen worden.

Hga. Beinert (Soz.) hält den kommunistischen Antrag für nicht weitgehend genug und beantragt Überweisung an den Rechtsausschuß. Dort müsse geklärt werden, ob auch die außenpolitische Tätigkeit Jürgens und namentlich die seiner Vergangenheit nachzuprüfen ist.

Hga. Bader (Dm.) spricht sich auch für Überweisung des kommunistischen Antrages an den Rechtsausschuß aus und erklärt, daß Jürgens niemals Beziehungen zu deutschnationalen Kreisen gehabt habe. Das Haus überweist dann den kommunistischen Antrag „Jürgens“ dem Rechtsausschuß und wendet sich der zweiten Beratung des Etats des

Innenministeriums

mit Ausnahme des Abschnittes „Polizei“ zu.

Am zwei schöne Augen.

69] Roman von G. Abi.

Wiemanns Rettungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Psst! Teufel!

Er war aufgesprungen, riß Hut und Ueberzieher an sich. Fort, ins Freie hinaus! Der Raum hier mit seiner sogenannten Kunst an den Wänden machte ihn krank!

Schon als beim Deffnen der Haustür die frische Winterluft ihm entgegenströmte, war's ihm, als werde alles in ihm frei und leicht.

Hinaus zum Grunewald wanderte er. Der stand in voller Winterpracht. Die kleinen Seen waren zugefroren, die Sonne lag flimmernd auf der kristallharten Fläche. Ein paar Eisläufer glitten darüber hin. Er hätte mit ihnen sich tummeln mögen, mußte eines Eislaufes gedenken, den er einmal mit Herta Ellgenrodt gemacht. Den Fluß hinauf waren sie gelaufen, weiter und weiter, Hand in Hand, und immer drängte sie ihm voran, so daß er lachend sagte:

„Bedenkliche Cheausichten für einen Mann, wenn ein weibliches Wesen so in sich den Drang hat, die Führung zu übernehmen.“

Sie hatte nicht zurückgelacht, ihn ganz ernsthaft angeblickt: „Was liegt daran, wer die Führung hat, wenn nur beide vorwärts kommen.“

Damals hatte er noch nicht daran gedacht, daß sie einmal seine Braut sein würde.

Hastiger schritt er vorwärts, tiefer in den Wald hinein. Die breiten Kiefernäste hingen gesenkt unter der Last der schweren Schneemäntel, zuweilen ging ein Aehzzen durch die Stämme. Sonst nirgends ein Laut und nirgends mehr ein Mensch. Es war so schön und war so viel Größe in dieser einsamen Schönheit.

Schnur und groß — nur die rechten Augen mußte einer dafür haben — und nicht zu spät erst das rechte Sehen lernen.

Dort schimmerte wieder ein kleiner gefrorener Tümpel herüber. Auf dem übten kleine Schlittschuhläufer ihre Künste, aber eine Anzahl Krähen stand.

Die größte Gefahr für den Frieden.

„Mussolini muß weggeräumt werden.“

Mussolinis neue Hege gegen Deutschland, die er im „Petit Parisien“ durch seine Erklärungen über die Italicisierung Südtirols betrieben hat, haben in Washington großes Aufsehen erregt. Die Aussichten für die Ratifizierung des italienischen Schuldenfundierungsverfahrens im Senat sind dadurch noch verschlechtert worden. Der ehemalige amerikanische Justizminister, jetzt Mitglied der Völkerrechtskommission des Völkerbundes, George Wickersham, erklärte in einer Ansprache des New Yorker Harvard-Klubs, Mussolini sei die größte Gefahr für den Weltfrieden, Italien sei durch absolute Tyrannei bedrückt, die Rede- und Pressefreiheit bestehe nicht mehr, und nun versuche Mussolini, eine Offensive der Alliierten gegen Deutschland zu bringen. Zweifelloso sehe der „Duce“ Gefahr für sich heraufziehen, darum wolle er das Volk für eine Exponierung über Italiens Gebiet hinaus aufwiegeln. Mit der Forderung: „Mussolini muß weggeräumt werden!“ schloß der Redner.

Die Vorteile von Locarno.

Eine Rede Briands.

In der Französischen Kammer wurde die Diskussion über die Ratifizierung des Abkommens von Locarno fortgesetzt. Briand betonte auf Anfrage, daß ein Versuch Deutschlands, mit militärischen Mitteln den Anschluß Österreichs zu erzielen, für Deutschland nicht ohne Gefahr sein würde. Der französische Ministerpräsident betonte weiter, daß der Friedensvertrag von Versailles undurchführbare Klauseln gehabt habe, und hob hervor, daß Frankreich seine Stellung durch Locarno nicht verschlechtert habe. Der Rhein werde jetzt eine internationale gemeinsame Grenze zwischen den Unterzeichnern des Locarnopactes sein. Briand wies darauf hin, daß Deutschland entschlossen war, nicht isoliert zu bleiben, und daß wenn die Abkommen von Locarno nicht unterzeichnet worden wären, Frankreich eines Tages vor einer besonders schweren Lage hätte stehen können. Die Kolone ZONE ist geräumt worden, weil das nicht anders möglich war. Im übrigen hindere das Abkommen von Locarno Frankreich nicht, sich zu bewaffnen und über seine eigene Sicherheit zu wachen. Deutschland habe sich in Locarno formell dazu verpflichtet, keine Gewalt anzuwenden, um eine Verletzung seiner Grenzen mit Gewalt zu erzielen. Der Redner bezeichnete diesen Umstand für eine wesentliche Verbesserung des Friedensvertrages.

Protest gegen die tschechische Sprachenverordnung.

Blutige Zusammenstöße mit der Polizei.

In 68 deutschen Städten der Tschechoslowakei fanden Protestversammlungen gegen die von der Regierung erlassene Sprachenverordnung statt. Die Versammlungen verliefen zum Teil sehr stürmisch. In Teplitz und Karlsbad, wo die Menge die Wache am Rhein und das Deutschlandlied sang, kam es zum Eingreifen der Behörden. In Teplitz ging die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett gegen die Versammelten vor und räumte den Marktplatz. In Karlsbad wurden fünf Verhaftungen vorgenommen und die Versammlung aufgelöst.

In Aulitz hatte die politische Behörde die Abhaltung der Versammlung verboten, trotzdem wurde von den deutschen politischen Parteien eine vertrauliche Versammlung in der Turnhalle abgehalten. Die Versammlung wurde aufgelöst und die Teilnehmer, welche sich in kleinen Gruppen auf dem Marktplatz zusammenfanden, wurden von der Wache zerstreut, wobei es zu fünf Verhaftungen kam. Die Protestversammlung in der deutschen Stadt Trautenau wurde von der Polizei aufgelöst.

Lokales und Provinzielles.

Ha lver, den 3. März 1926.

Die D-Büge sollen schneller fahren. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist bestrebt, dem Wunsch nach beschleunigter Durchführung der Schnellzüge nach Möglichkeit zu entsprechen. Es wird deshalb versucht werden, alle Aufenthalt, die der Bedeutung der Schnellzüge nicht mehr entsprechen, allmählich auszuschalten. Wenn dabei

zu einem Trupp zusammengedrängt, mitten auf dem Eis. Die Köpfe bewegten sich unruhig auf und nieder, hin und her tönnte ihr heiseres Kräh — kräh. — Bobon unterhielten sie sich wohl, die schwarzen Vögel? Kräh — kräh — es war ein häßlicher Laut, und allzu einsam wurde der Wald.

Heinz Werneburg wandte sich und kehrte heim. Aber er hatte etwas von seiner Wanderung mitgebracht: die Idee zu einem neuen Bild, mit dem er sich selber seine Berechtigung zur Kunst beweisen wollte. Noch am gleichen Tage ging er an den Entwurf.

XIX.

Tage hindurch widmete er sich mit einem wahren Feuereifer seiner neuen Arbeit. Da kam ihm auf einmal mitten im Malen das Gefühl, als könne er nicht weiter. Er wollte es für ein rein physisches Abflauen nehmen, das eine kurze Rast beseitigen würde, aber er war zu unruhig zum Rasten. Es trieb ihn hin und her. Keinen zu haben, mit dem er einmal über die Arbeit sprechen konnte, von dem eine Anregung, eine Ermunterung kam. Damals auf der Akademie hatte er feinerlei nähere Bekanntschaft angeknüpft, und die paar Menschen, die ihm eine kurze Zeit lang so ein lebhaftes Interesse bekundet, für diese war Heinz Werneburg nicht mehr auf der Welt.

Aber er war es doch. In eine flauere Stimmung hinein fiel ein Billeit von Madame Rabine, die ihn daran erinnerte, daß heute ihr Empfangstag sei. Er wurde rot wie ein Knabe. Als ob nicht das mindeste vorgefallen wäre, klang das Billeit. Und was war denn auch im Grunde weiter Nennenswerthes vorgefallen, das so tragisch genommen zu werden verdiente, wie er es nahm? War nicht er nur ein Narr, der Wichtigkeiten sich zu Staatsaktionen aufbaufchte? Und war er ein Narr, weil er meinte, er dürfe nie wieder dorthin den Fuß setzen, wo er noch einmal Herta Ellgenrodt begegnen konnte?

Die Einladung noch in der Hand, trat er wieder zur Staffelei hinüber und wählte plötzlich zu wissen, warum er dorthin nicht weiter gekommt. So etwas ganz Bestimmtes nach der Natur hatte ihm vorgeschwebt und

gewisse Härten für den betreffenden Ort entstehen, so sollten diese Nachteile im Hinblick auf die Gesamtheit willig getragen werden. Ferner soll neben der Ausschaltung nicht unbedingt notwendiger Aufenthalte auch die Einschränkung der Schnellzugsaufenthalte auf den Stationen durchgeführt werden.

* **Vorboten des Frühlings.** Die ersten Anzeichen eines zeitigen Frühlings machen sich in der Natur allenthalben bemerkbar. Recht frühzeitig haben sich in diesem Jahre die verschiedenen Wandervögel wieder eingefunden. Nachdem bereits die Vachtel beobachtet ist, bezieht auch jetzt wieder der Star, der bis dahin tagsüber nur in dichten Scharen sich wohl und sicher fühlte, in einzelnen Paaren die Dächer, sowie die Spitzen der Bäume und weht unter Gepappel und Geschnatter und munterem Flügelschlagen, seinen stets regen Schnabel. Finken und sonstige Wintergäste verlassen die Nähe menschlicher Wohnungen und ziehen sich in die Einsamkeit der Wälder zurück. Voll neuer Lenzeshoffnung läßt der Buchfink sein helles „Pink Pink“ ertönen und schließt diesem Lockruf ganz schüchtern noch ein erstes Verslein seines Frühlingsliedchens an. Auch die Lerche wagt sich schon hier und da trillernd in die Lüfte. Jetzt ist es höchste Zeit, die Nistkästchen für die Höhlenbrüter, besonders die nützlichen Meisen in den Gärten anzubringen, da jetzt schon Luft und Spalt für die künftige Wohnung mit scharfem Blicke ausgejacht und geprüft werden. Auch im dunklen Schoße der Mutter Erde beginnt es sich schon geheimnisvoll zu regen. Schon seit mehreren Tagen haben die ersten Frühlingsblumen, die Schneeglöckchen, ihre Blüten entfaltet, reichlich drei Wochen früher wie gewöhnlich. An den Weidenästen tun die grünhaarigen Kätzchen den ersten scheuen Blick in die Welt und das Roggenhälmchen beginnt eine straffere Haltung anzunehmen. Sogar der Schmetterling wagt sich vereinzelt hervor, so wurde uns am Samstag ein solcher auf den Redaktionstisch gelegt. In geschützten Lagen haben früh treibende Holgarten und Rankengewächse schon Blätter gebildet. Es hat eben in der Natur schon offenbar das große Reorganisationswerk begonnen und wenn der Winter auch noch einmal versuchen sollte mit rauher Hand dazwischen zu fahren, so ist er doch nur ein Schwächling, der bald besiegt vom holden Lenzeskneben, sich in seine Berge zurückziehen muß.

& Halver, 2. März. Die Witwe F. W. Escher, Theodora, geb. Vormann zu Ober-Bahfeld, vollendet am Mittwoch, 3. März, das 81. Lebensjahr. Wir entbieten ihr zu diesem Tage die besten Glückwünsche.

§ **Schaltmühle**, 2. März. Vor einigen Tagen wurde hier ein armer Arbeitsloser auf ganz schändliche Weise bestohlen. Er wohnt auf den Hammer der Firma C. A. W. in der Halver und holt sich Samstags für die erhaltene Erwerbslosenunterstützung in der Regel seine Lebensmittel für die folgende Woche. Sonntags ist er bei einer bekannten hiesigen Familie. Diese Abwesenheit haben unbekannte Diebe dazu benutzt, dem Armen, der sonst nichts hat, die für die ganze Woche geholten Lebensmittel zu entwenden. Man sollte nicht glauben, daß es solche Niedertracht überhaupt geben kann.

+ **Kierspe**, 2. März. Der Volkstrauertag am vergangenen Sonntag hat hier einen gewaltigen Eindruck hinterlassen. Die Vereins-Vorstände hatten eine Feier vorbereitet, die ihres gleichen suchen dürfte. Um 10,15 Uhr traten die Vereine zum gemeinsamen Kirchgang in einer Stärke an, wie man es nicht für möglich gehalten. Hier zeigte es sich, daß bei den Kiersper Bürgern jeder Parteien- und Klassenhaß schweigt und man keinen Standesunterschied kennt, wenn es gilt, den treuen Heldenjöhnen eine Ehrung zu erweisen. Beteiligt waren die Vereine: Musikverein, Landwehrverein, Jungdeutscher Orden, M.-G.-B. „Sängerbund“, Freiwillige Feuerwehr Kierspe, Feiw. Feuerwehr Neuenhaus, Turnverein Kierspe, Turnverein Berkenbaum, Doppelquartett „Germania“, Schützenverein Kierspe und Bruder-Schützenverein Elbringhausen. Auch die übrige Bürgerschaft hatte sich zahlreich eingefunden, sodaß die Kirche die Besucher kaum zu fassen vermochte. Nach der Liturgie trug der kirchl. Frauenchor vor: „Harre meine Seele“. Der Musikverein spielte:

dabei ließ ihn die Erinnerung im Stich. Dem war leicht abzuwehren.

Mit dem Skizzenbuch in der Tasche, durchquerte er den Tiergarten, wollte zur Stadtbahn, noch einmal nach dem winterlichen Grunewald hinausfahren.

Da sah er plötzlich vor sich Herta Ellgenrodt. Sie hatten sich beide zu gleicher Zeit gewahrt. Von keinem ein plötzliches Bögen, mehr ein Beilen der Schritte, während den Schritten voran die Blicke flogen — die feir — unruhig aufgeregt ihre Gestalt, jeden Zug ihres Gesichtes erfassend und wie ein Blindgeweiener von jäh ihm aufstrahlender Helle betroffen durch die vornehme Schönheit ihrer Erscheinung. Ihr Blick redete nichts, verriet nichts. Und nichts verriet sich aus ihr. Stimme, als sie sich dann erreicht und sie den Gruß ihm bot — sie zuerst. Er zog nur stumm den Hut und sah sie wartend an, als ob sie zu ihm sprächen, ob sie stehen bleiben, ob sie wieder die Hand ihm reichen werde.

Die Hand reichte sie ihm nicht, aber den Schritt einhaltend sagte sie:

„Wie herrlich nach all dem weichlich grauen Nebel jetzt endlich die helle Kälte ist!“

Seine Augen hingen an ihren Lippen, während sie sprach. Er atmete tief. — „Ja, ich weiß, Sie haben immer den Winter sehr geliebt.“

„Wie Sie. In diesem einen waren wir uns gleich.“

In diesem einen — und sonst in nichts. — Noch immer schaute er auf ihre schmalen, stolze Geschnungen Lippen, die es ihm einst so leicht gemacht mit ihrem herben: „Denn es ist nie gewesen.“

„Sie haben sich jetzt hier in Berlin Ihr Heim gegründet?“ Hastig fragte er es, lauten Tones, als wollte er übertönen, was in ihm redete.

„Ich habe eigene Möbel.“

Nur eigene Möbel hatte sie — kein Heim — war einsam. — Hatte er sie so einsam gemacht? Er hatte ihr ja auch sein Elternhaus genommen, das ihr eine Art von Heimat gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Tariffreit in der Schuhindustrie.) Die Arbeitgeberverbände der deutschen Schuhindustrie haben den bestehenden Reichstarifvertrag zum 28. Februar 1926 gekündigt und für die Erneuerung eines solchen den Gewerkschaften Abänderungsanträge überreicht. Die Gewerkschaften haben ihrerseits ebenfalls Abänderungsvorschläge zum Tarifvertrag den Arbeitgeberverbänden überreicht und u. a. Lohnerhöhungen gefordert. Die Arbeitgeberverbände der Schuhindustrie haben Verhandlungen mit den Gewerkschaften als aussichtslos abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien nunmehr zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen.

Spiel und Sport.

Sp. Selbstmord eines Münchener Sportsmannes. Der bekannte Sportsmann und Pionier auf dem Gebiete des Flugwesens Direktor Gustav Otto hat in München seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Seine Gattin, eine bekannte Sportsdame, wurde im vorigen Jahre unter aufsehenerregenden Umständen in Frankfurt a. M. erschossen aufgefunden.

Sp. Hockeyländerkampf Deutschland Holland. Der im Amsterdamer Stadion zum Austrag gekommene Hockeyländerkampf Deutschland-Holland wurde von der deutschen Mannschaft sicher mit 2:1 (1:0) gewonnen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Enorme Kosten des Lüchow-Prozesses. Vor einigen Tagen hatten die Verteidiger des Freiherrn v. Lüchow an die Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, das Verfahren abzubrechen, um nicht die schon bisher ungeheuer großen Unkosten des Lüchow-Prozesses weiter anwachsen zu lassen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Der Lüchow-Prozess, der noch mehrere Wochen dauern wird, hat schon bisher Riesensummen verschlungen. So hat

das Gutachten des abgeordneten Sachverständigen, Geheimrat Moll, 5000 Mark gekostet. Insgesamt wird die Staatskasse für die Befragung eines Gesandten für ein Jahr fünf Monate und wegen Urkundenfälschung drei Monate Gefängnis. Beide Strafen werden zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr fünf Monaten drei Wochen zusammengezogen. Die fünf Monate und drei Wochen seien auf die erlittene Untersuchungshaft anzurechnen. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sei abzusehen. Dagegen sei Vartels als unfähig zu erklären, im Laufe von fünf Jahren öffentliche Ämter zu bekleiden.

§ Der Fall Jürgens. Der von der Staatsanwaltschaft in Stargard mit der Untersuchung des Falles Jürgens beauftragte Landgerichtsrat Fuchs ist in Berlin eingetroffen und hat sich sofort mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt. Das Ehepaar Jürgens befindet sich auch jetzt noch, sich strafbar gemacht zu haben. Auf der anderen Seite hat sich das Belastungsmaterial gegen das Ehepaar weiter verdichtet. Besonders Frau Jürgens erscheine durch die Aussagen der in Stargard vernommenen Geschäftsleute und Hausangestellten sehr schwer beschuldigt. Es gewinne immer mehr die Wahrscheinlichkeit Raum, daß Frau Jürgens ihren Mann schon bei Beginn der Ehe über ihre Vermögenslage getäuscht hat und daß die nachfolgenden Manöver von ihr aus dem Wunsch heraus unternommen worden sind, einmal ihrem Manne weiter vortäuschen zu können, daß sie über größere Einkünfte verfüge und dann durch einen großen Schlag den vielen kleinen Verlegenheiten ein Ende bereiten zu können. Voraussichtlich wird das Ehepaar Ende dieser Woche auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Jordan nach Stargard übergeführt werden.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 1. März.

* **Börsenbericht.** Abgesehen vom Markt der Vorkriegspfandbriefe, der weitere Kurssteigerungen zu verzeichnen hatte, begann die Börsenwoche bei sehr ruhigem Geschäft in ausgesprochen schwacher Haltung. Auch Anleihen lagen schwach und Kriegaanleihe ging auf 0,37 zurück. Am Geldmarkt ist noch eine leichte Anspannung zu bemerken, tägliches Geld notierte 6,5—8, während monatliches Geld mit 6,5—7 % genannt wurde.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,38—20,43; holl. Gulden 167,93—168,35; Danz. 80,87 bis 81,07; franz. Franc 15,52—15,56; belg. 19,05—19,09; Schweiz. 80,72—80,92; Italien 16,84—16,88; schwed. Krone 112,46—112,74; dän. 109,01—109,29; norweg. 90,64—90,86; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,14—59,28; poln. Florin (nicht amtlich) 54,11—54,39.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

Elberfeld, 1. März. Auftrieb 863 Stück Großvieh, davon 362 Ochsen, 67 Bullen, 395 Färse und Kühe, 39 Fresser, 2461 Schweine, 543 Kälber, 46 Schafe. Es kosteten: 1. Rinder: Ochsen: a) 51—53, b) 48—50, c) 36—44, d) 30—35; Bullen: a) 47—49, b) 40—45, c) 35—38; Färse und Kühe: a) 50—52, b) 46—48, c) 35—42, d) 28—34, e) 20—25; Jungvieh: a) 35—38, 2. Kälber: a) —, b) 70—75, c) 60—65, d) 50—55, e) 40—50. 3. Schafe: Weidenschafe —, 4. Schweine a) —, b) 82—83, c) 81—82, d) 80—81, e) 75—79, f) 65—72.

Tendenz des Marktes: Großvieh flau, Kälber schlerpend, Schweine anfangs rege, später abflauend. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 152 Rinder, 71 Kälber und 2 Schafe.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Das man vom liebsten was man hat,
Muss scheiden.

Heute morgen gegen 5 Uhr
entschlief plötzlich und unerwartet
nach kurzem Krankenlager unser
innigstgeliebtes Söhnchen und Brü-
derchen

Willy

im Alter von 5 Jahren 2 Monate.

In tiefer Trauer:

Familie Emil Denz.

Halver, den 2. März 1926.

Die Beerdigung findet am Freitag,
den 5. März, nachmittags 2 Uhr vom
Sterb-hause aus statt.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen
am **11. Mai 1926** vormittags 10 Uhr an
der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 63 versteigert
werden die im Grundbuche von Halver Band 1
Artikel 14 eingetragene Eigentümers am 23.
Januar 1926, dem Tage der Eintragung des
Versteigerungsvermerks: Die Witwe Fabrikant
August Lumberg, Anna geborene Voß in
Deckinghausen und deren Kinder:

1. Fabrikant **Max Lumberg** in Deckinghausen,
2. Prokurist **Alfred Lumberg** in Deckinghausen,

in fortgesetzter westfälischer Gütergemeinschaft
eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Halver,
Flur 7 Nr. 250 Flur 11 Nr. 145, 146, 147,
152 2, 205, Flur 17 Nr. 150, 169, 180,
183, 620 209, Flur 11 Nr. 725/173, 720/192,
Flur 17 Nr. 469/195, 520 195, Flur 11 Nr.
741/189 etc., 756/174 etc., 757 174 etc., und
812 173, Wiese, Holzung, Weg und Acker sowie
Wohnhaus mit Anbau, Hofraum und Haus-
garten, Lagerschuppen, 2 Nebenwohnhäusern und
Stall, Deckinghausen Nr. 59 a b c d, 3 ha
50 a 48 qm groß. Reinertrag 7.45 Nr. 1.
Grundsteuer Mutterrolle Nr. 731, Nutzungswert
510 Mk. Gebäudesteuerrolle Nr. 331.

Lüdenscheid, den 17. Februar 1926.

Das Amtsgericht.

Amt Halver.

Eintragungsverfahren für ein Volks- begehren.

Die Sozialdemokratische Partei, die Kommu-
nistische Partei und der Ausschuss zur Durchfüh-
rung des Volksentscheides haben gemeinschaftlich
den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens
auf Einbringung eines Gesetzentwurfs über Ent-
eignung der Fürstenvermögen gestellt. Der Herr
Reichsminister des Innern hat das Volksbegehren
mit dem Kennwort „Enteignung der Fürsten-
vermögen“ zugelassen und gleichzeitig als Ein-
tragungsfrist die Zeit von Donnerstag, den
4. bis einschließlich Mittwoch, den 17. März
d. Jrs. festgesetzt.

Sind für die eigenhändige Eintragung der
Unterschriften liegen während der üblichen Dienst-
stunden (vormittags von 8—12¹/₂ Uhr) bereit:
a) für die Gemeinde Halver im Amtshaus,
Zimmer 6,
b) für die Gemeinde Schalksmühle dort im
Dienstzimmer der Verwaltungs-Geschäftsstelle.

Halver, den 1. März 1926

Der Amtmann. Die Gemeinde-Vorsteher
von Halver u. Schalksmühle.

Bekanntmachung.

Gemäß Ministerial-Erlass hat die Eintragung
der Unterschriften in die Eintragungslisten für ein
Volksbegehren „Enteignung der Fürstenver-
mögen“ in der Zeit vom **4. März bis einschl.
17. März 1926** zu erfolgen.

Die Eintragungslisten werden in der Gemeinde
Kierspe wie folgt aufgelegt:

- a) für die Schulbezirke Kierspe, Hödinghausen
und Schmidhausen auf dem Amtshaus, Zimmer 4,
Vormittags von 8—12 Uhr vormittags und Sonn-
tags von 10—12 Uhr vormittags. Die Ort-
schaften Feld, Bornholt, Lohfeld und Lammede
zählen hierbei zum Schulbezirk Schmidhausen.
- b) für die Schulbezirke Kierspe-Bahnhof, Ver-
sen, Bollwerk und Bornberg in der Woh-
nung des stellvertretenden Gemeinde-Vorstehers
Menn, Kierspe-Bahnhof, Vormittags von 6—8 Uhr
nachmittags und Sonntags von 9—12 Uhr vor-
mittags.

Zu der Eintragung werden nur diejenigen
Stimmberechtigten zugelassen, die in der bei der
Kreis- und Provinziallandtagswahl 1925 benutzten
Stimmliste eingetragen sind. Wer nach der zuletzt
vorgenommenen Abstimmung stimmberechtigt ge-
worden ist, muß zunächst die Ausstellung eines
Eintragungsscheines beantragen.

Die Ausstellung erfolgt auf Zimmer 4 des
Amtshauses
Kierspe, den 1. März 1926.

Der Gemeindevorsteher:
Lange

Die Eintragungslisten für ein Volks- begehren.

„Enteignung der Fürstenvermögen“
liegen vom **4. bis einschl. 17. März d. J.**
zur Eintragung offen und zwar

- a) Landgemeinde Lüdenscheid
im Amtshaus Zimmer Nr. 2 von vorm. 8 Uhr
bis nachm. 7 Uhr (auch während der Mittags-
zeit; Samstag nur bis 12 Uhr mittags). Außer-
dem ist Gelegenheit gegeben zur Eintragung in
die Listen Sonnabends, den 6. und 13. März
von nachmittags 2—5 Uhr und Sonntags, den
7. und 14. März von vormittags 11¹/₂ Uhr
bis 5 Uhr für die Eintragungsberechtigten der
Wahlbezirke
1 und 2 im Wahllokal Wirtschaft Hüttebräucker
in Oberrahmede
3, 4 und 5 im Wahllokal Wirtschaft Schulte
in Altrögenrahmede
6 und 8 im Wahllokal Wirtschaft G. Dasberg
in Augustenthal
11, 12 und 13 in der Wirtschaft Wm. Linnepe
in Brügge

- b) Gemeinde Hülscheid
im Amtsbüro Klagebach während der Dienst-
stunden. Außerdem kann die Eintragung für die
Wahlbezirke 1 und 2 im Wahllokal Beverunge
in Heedfeld Samstag, den 6. und 13. März
von nachm. 3—6 Uhr und Sonntags 7. und
14. März von vormittags 11 bis nachmittags
4 Uhr und für die
Wahlbezirke 3, 4 und 5 im Amtsbüro
Klagebach nur Sonntags, den 7. und 14.
März von vormittags 11 bis nachmittags 4 Uhr
erfolgen.

Lüdenscheid, den 1. März 1926.

Der Amtmann.

Alte Deutsche Feuer- u. Lebensversicherungs-Gesellschaft
mit Nebenbranchen stellt unter günst. Bedingungen
tüchtige Generalagenten
ein, auch **Inspektoren**

mit Direktionsvertrag und hohen festen Bezügen.
Strebende, arbeitsfreudige Herren mit guten
Beziehungen werden gebeten sich unter **V 510**
an die Geschf. d. Allg. Anz. Halver zu bewerben.

Freiw. Feuerwehr
Bommert.

Zur Teilnahme an
der Beerdigung un-
seres versorbenen

Ehrenmitgliedes
Wilh. Gesenberg

wollen die Mitglie-
der am Donnerstag,
den 4. März er nach-
mittags 1¹/₂ Uhr recht
zahlreich beim Ka-
meraden Otto Pul-
vermacher antreten

Anzug: Tuchrock
und Helm
Das Kommando.

Stiftenbaren
Druckerei Wilh. Bell jr.

Jede Braut

sollte wissen, dass sie
noch als Großmutter
Freude an ihrer
Aussteuer-Wäsche
haben wird, wenn sie

**Dr. Thompson's
Seifenpulver**

verwendet, das nicht
nur gründlich wäscht,
sondern selbst die
empfindlichsten Stoffe
nicht angreift.



Vereinigte Turn- und Spiel- Vereine Halver e. V.

Sonntag, den 7. März 1926

Anfang nachmittags 4 Uhr
in der Carlshöhe

Winter-Fest.

Zur Aufführung gelangen neben turnerischen
Vorführungen, das Festspiel:

„Märchenzauber“

und das Lustspiel:

„Im wunderschönen Monat Mai“.

Es ladet ein

der Turnrat.

Karten im Vorverkauf sind bei den Tur-
nern und bei den Friseurinnen Hedderich und
Schulte zu haben.

Achtung! Achtung!

Damit sie sich nicht von anderer Seite durch
Versprechungen irreführen lassen, mache ich meine
Kundschaft darauf aufmerksam, daß ich nach wie
vor in der Lage bin,

Eternit-Dächer mit 15jährig.
Garantie.

sowie alle anderen

Kunstschiefer-Dächer

herzustellen
Reelle Arbeiten, mäßige Preise, günstige
Zahlungsbedingungen werden zugesichert.

Fr. Sönchen, Meinerzhagen i. W.
Dachdeckermeister, Fernruf 237.



Beim Einkauf

vergessen Sie nie

Kannegiesser's

Kaffee

in 1/2 Pfd. Pak. aus der

Kaffee - Gross - Rösterei

Robert Kannegiesser,

Barmen

Gegr. 1844

Schreibmaschinen - Farbbänder

für alle Schreibmaschinensysteme

am Lager

Wilh. Bell jr., Halver : Fernspr. 42.

„Haus zur Fuhr“ Halver.

Sonntag, d. 7. März 1926
nachm. 5 Uhr

4. Theatervorstellung Direktion
Kurt Felden
Um das

väterliche Erbe

in der Hauptrolle Kurt Felden.
Preise im Vorverkauf 0.80 1.50 u. 2.30
ab heute im Haus zur Fuhr und Sonn-
tag, von 11—3 Uhr Saaleingang.

Auswärtige Besucher können die
Karten schriftlich oder telefonisch be-
stellen, dieselben werden reserviert.

Saaloöffnung 4.30 Uhr Ende 7.25 Uhr.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-
Genossenschaft Halver.

Bestellungen von

Düngemitteln

aller Art,

Saathartoffeln, Saat-

hafer, Klee- u. Gras-

sämereien, Rohlen,

Drainröhren u. Saat-

beize Asphalten

werden noch bis 8.

März entgegenge-
nommen.

la Eiderlelt-Käse

7 Pfd **Mk. 6.-** franko

Dampfkäsefabrik.

Rendsburg.

KATALOGE

für die

Kleisenindustrie

werden als Spezialität

schnell u. preiswert

angefertigt.

Stelle

aus meinem

großen Vorrat Clichés

kostenlos zur Verfügung

Wilh. Bell jr.,

Halver.

PREISLISTEN

Futtermittel!

Zu ermäßigten Preisen
neu eingetroffen:

Napshuchen

Napshuchenmehl

Leinmehl

Leinkuchen

Palmkuchen

Kokoskuchen

Erbsenmehl

Baumwollsaatmehl

Sonajschrot

Zuckerrübenmel

Vierteiler

Weizenholzmehl

Weizenkleie

Pferde-Häcksel

Pferde-Melasse

Kochsalz, Biersalz.

C. Zimmermann,

Ohl-Königsahl

Fernruf Nr. 11.

la. Zigarren

Zigaretten

Ranch- und Kau-

Tabak

Fr. Herm. Bohmer,

Schalksmühle i. W.

Wiederverkäufer
zu Fabrikpreisen.